

Stand: 09.05.2025 13:14:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/537

"Toleranz und Vielfalt in Bayern: Einrichtung einer Bayerischen Antidiskriminierungsstelle - Opfer von Diskriminierung und Rassismus nicht alleine lassen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/537 vom 12.03.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 12 vom 13.03.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1974 des SO vom 09.05.2019
4. Beschluss des Plenums 18/2284 vom 23.05.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 23.05.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Toleranz und Vielfalt in Bayern: Einrichtung einer Bayerischen Antidiskriminierungsstelle – Opfer von Diskriminierung und Rassismus nicht alleine lassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. eine weisungsunabhängige Bayerische Antidiskriminierungsstelle (BADS) einzurichten und mit jährlich 500.000 Euro auszustatten. In Anlehnung an die unabhängige Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), die im Rahmen der Einführung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (AGG) errichtet wurde, unterstützt die BADS Personen, die Benachteiligungen selbst erfahren oder beobachtet haben, die rassistisch motiviert oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität erfolgt sind.
2. konzeptionell und finanziell Strukturen kommunaler Antidiskriminierungsarbeit, die den Betroffenen sowie den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort als Anlaufstellen zur Verfügung stehen zu fördern.

Begründung:

Rassismus und Diskriminierung im Alltag sind ein gesellschaftliches Problem, um deren Lösung sich der Bund aber auch andere Bundesländer bislang engagierter bemüht haben als der Freistaat Bayern. Bereits im Jahr 2006 wurde die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes eingerichtet. Die ADS unterstützt auf unabhängige Weise Menschen, die aus rassistischen Gründen oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität benachteiligt wurden, bei der Durchsetzung ihrer Rechte zum Schutz vor Diskriminierung. Auch in etlichen Bundesländern, wie zuletzt in Baden-Württemberg sowie auf kommunaler Ebene (in München, Nürnberg, Erlangen und Regensburg) wurden entsprechende Stellen eingerichtet. In der Stadt Augsburg wird der Aufbau einer solchen Stelle diskutiert. Die bisher in Bayern vorhandenen Strukturen der Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit reichen aber nicht aus.

Die Nürnberger Antidiskriminierungsstelle beschreibt den Handlungsbedarf auf ihrer Webseite wie folgt: „Aus aktuellen Studien ist bekannt, dass mehr als 80 Prozent der Menschen, die subjektiv eine Diskriminierung erfahren haben, diese aus unterschiedlichen Gründen nicht anzeigen. Viele wissen nicht, dass sie das Recht haben, vor Diskriminierung geschützt zu werden. Oder sie haben keine Informationen darüber, wo sie Unterstützung finden können.“ Laut dem Ergebnisbericht der im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes durchgeführten Repräsentativ- und Betroffenenbefragung

„Diskriminierungserfahrungen in Deutschland“ (2017) zeigt sich, dass insbesondere „rassistische Diskriminierungserfahrungen in allen erfassten Lebensbereichen häufig vorkommen“.

Die deshalb zu errichtende Bayerische Antidiskriminierungsstelle (BADS) soll insbesondere

- Betroffene über Ansprüche informieren,
- Möglichkeiten des rechtlichen Vorgehens im Rahmen gesetzlicher Regelungen zum Schutz vor Benachteiligungen aufzeigen,
- Beratungen durch andere Stellen vermitteln und eine gütliche Einigung zwischen den Beteiligten anstreben.

Die wichtigsten Aufgaben der BADS sind:

- Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung zu den Themen Gleichbehandlung und Vielfalt,
- Maßnahmen zur Verhinderung von Benachteiligungen,
- Vernetzung der kommunalen Strukturen im Bereich Antidiskriminierung,
- Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungen,
- Dokumentation von Diskriminierungsvorfällen,
- Vorlage von Berichten an den Landtag im Fünf-Jahres-Turnus. Die Berichte sollen einen Überblick über Benachteiligungen geben und Empfehlungen beinhalten, wie Diskriminierungen zu vermeiden und zu beseitigen sind.

Die BADS ist beim Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales anzusiedeln.

ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/552. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Enthaltungen! – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/534. Die Urnen sind aufgestellt. Die Abstimmung beginnt.

(Namentliche Abstimmung von 21:46 bis 21:51 Uhr)

Die Abstimmung ist beendet.

Ich darf Ihnen das Ergebnis der vorhin durchgeführten namentlichen Abstimmung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Ehrliche Partnerschaft auf Augenhöhe im Herzen Europas" auf Drucksache 18/550 mitteilen: Mit Ja haben 20 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 148 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/535 mit 18/538 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich darf die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung unterbrechen. Das Ergebnis wird in etwa drei bis fünf Minuten vorliegen.

Wer bei diesem spannenden Spielstand Lust hat, in die Landtagsgaststätte zu kommen – –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wie steht es?)

Es steht momentan 1 : 1. Der FC Bayern braucht also auf alle Fälle noch ein Tor. Es ist erfreulich, dass eine Abgeordnete den Spielstand noch nicht kannte. Das finde ich richtig gut. Bevor ich jetzt in Diskussionen komme, unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung von 21:53 bis 21:55 Uhr)

Ich nehme die Sitzung wieder auf. Ich darf Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "ANKER-Zentrum Mering stoppen, ANKER-Zentrum Donauwörth schließen" auf Drucksache 18/534 mitteilen: Mit Ja haben 18 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 145 Abgeordnete gestimmt, bei einer Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Cemal Bozoglu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/537

Toleranz und Vielfalt in Bayern: Einrichtung einer Bayerischen Antidiskriminierungsstelle - Opfer von Diskriminierung und Rassismus nicht alleine lassen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Cemal Bozoglu**
Mitberichterstatterin: **Sylvia Stierstorfer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 7. Sitzung am 4. April 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Enthaltung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 24. Sitzung am 9. Mai 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Enthaltung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/537, 18/1974

Toleranz und Vielfalt in Bayern: Einrichtung einer Bayerischen Antidiskriminierungsstelle – Opfer von Diskriminierung und Rassismus nicht alleine lassen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 15 und 16 der Liste. Es sind dies die Anträge der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild, Klaus Adelt betreffend "Lebensmittelverschwendung eindämmen", die Teile I und II, auf den Drucksachen 18/492 und 18/493. Der Aufruf dieser Anträge erfolgt auf Wunsch der SPD-Fraktion in der nächsten Sitzung.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Dann übernimmt der Landtag die Voten.

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unbefristete Stellen für die Lehrerinnen und Lehrer des Islamischen Religionsunterrichts
Drs. 18/348, 18/1750 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Forderung nach sinnvoller Alternative – Nutzen und Finanzierung des Projekts „Eichenzentrum im Spessart“ überprüfen
Drs. 18/390, 18/1969 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderung der Aufstiegsfortbildung für Schülerinnen und Schüler der Heilerziehungspflege auch in Zukunft sicherstellen
Drs. 18/394, 18/1703 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaschutz in der Marktwirtschaft
Drs. 18/463, 18/1786 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gem. § 126 Abs. § BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und
Verbraucherschutz**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP)
An Wissenschaft und Forschung denken – Vorbereitungen für einen „harten Brexit“ treffen
Drs. 18/491, 18/1708 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD
Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil I – Verpflichtung des Lebensmittelhandels zur Spende von unverkäuflichen Lebensmitteln
Drs. 18/492, 18/1971 (A)

Der Antrag wird in der Plenarsitzung am 05.06.2019 beraten.

16. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil II – Gemeinnützige Initiativen besser unterstützen
Drs. 18/493, 18/1972 (A)

Der Antrag wird in der Plenarsitzung am 05.06.2019 beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Margit Wild, Ruth Waldmann u. a. SPD
10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention – Weiterentwicklung des Berufsbilds Schulbegleiter
Drs. 18/554, 18/2024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD
Mikroplastik in der Umwelt
Drs. 18/557, 18/1991 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen
Drs. 18/559, 18/1981 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

23. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Michael Busch u. a. SPD
Für eine glückliche Kindheit – Ausbau der Förderung von Mütterzentren
Drs. 18/560, 18/1975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abschaffung von Schulgeld der Heilmittelberufe
Drs. 18/565, 18/2026 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Malachitgrün in Speisefischen, oberbayerischer Moosach und Isar –
Warum wurde die Öffentlichkeit nicht informiert?
Drs. 18/566, 18/1992 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

26. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u. a. SPD
Für ein inklusives Bayern jetzt III – Expertenanhörung zur Umsetzung
der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern
Drs. 18/735, 18/1976 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“
zugrunde zu legen.

